

Gestapo? Voll normal!

Was wissen Schüler über die NS-Zeit und die DDR? Ein Gespräch mit dem Politologen Klaus Schroeder über seine neue Studie

DIE ZEIT: Herr Schroeder, Sie und Ihre Kollegen vom Forschungsverbund SED-Staat haben 4600 Neunt- und Zehntklässler nach ihren Kenntnissen und Urteilen zur Nazi-Zeit, zur DDR sowie der alten und der wiedervereinigten Bundesrepublik befragt. Die Studie trägt den Titel *Später Sieg der Diktaturen?*. Sind unsere Schüler keine Demokraten?

Klaus Schroeder: Zu viele wissen leider gar nicht, was Demokratie eigentlich bedeutet. Unsere Ergebnisse sind schockierend: Ein Teil der Schüler identifiziert die alte Bundesrepublik nicht als Demokratie und den Nationalsozialismus und die DDR nicht als Diktatur. Jeder vierte Schüler glaubt zum Beispiel, das Nazi-Regime sei durch freie Wahlen legitimiert gewesen.

ZEIT: Jeder Dritte ist außerdem der Ansicht, auch in der DDR habe es freie Wahlen gegeben. Wie kommt es zu solchen Ergebnissen?

Schroeder: Dieser Teil der Schüler weiß zu wenig über politische Systeme, etwa was eine demokratische Wahl auszeichnet.

ZEIT: Das vereinte Deutschland wird von den Schülern immerhin am positivsten bewertet, dennoch vermag ein Viertel nicht zu erkennen, dass es in ihrem Land freie Wahlen gibt. Wie kann man so etwas nicht wissen?

Schroeder: Das sind Schüler, die fast überhaupt keine politischen Kenntnisse haben. Sie identifizieren sich mit der Bundesrepublik und ihrem Leben hier, können sich aber unter Begriffen wie Meinungsfreiheit, Wahlen oder Menschenrechte nichts vorstellen. Ein Drittel der Befragten war der Auffassung, dass alle vier Systeme, vom NS-Staat über die BRD und die DDR bis zur Bundesrepublik, keine Rechtsstaaten waren.

ZEIT: Kinder von Eltern, die in der DDR aufgewachsen sind, bewerten diese positiver als Kinder von BRD-Eltern, obwohl sie mehr über den SED-Staat wissen. Wird die DDR zu Hause verklärt?

Schroeder: In den Familien mit DDR-Hintergrund wird mehr über diesen Teil der Geschichte erzählt. Dabei fällt das Urteil der Älteren oft positiv aus, was bei den Schülern für ein geschöntes Bild sorgt. Die Schule ist hier das entscheidende Korrektiv. Unsere Ergebnisse zeigen, dass das Image der DDR negativer wird, je länger diese Zeit im Unterricht behandelt wurde.

ZEIT: Auffallend ist auch: Kinder von Migranten bewerten die DDR und das Dritte Reich durchschnittlich positiver als deutschstämmige Schüler.

Schroeder: Das liegt ebenfalls an den mangelnden Kenntnissen. Migrantenkinder wissen von allen Gruppen im Durchschnitt am wenigsten und können Diktatur und Demokratie am schlechtesten unterscheiden. Viele fasziniert zudem die Idee der Volksgemeinschaft und der scheinbar besseren Fürsorge des Staates im Nationalsozialismus.

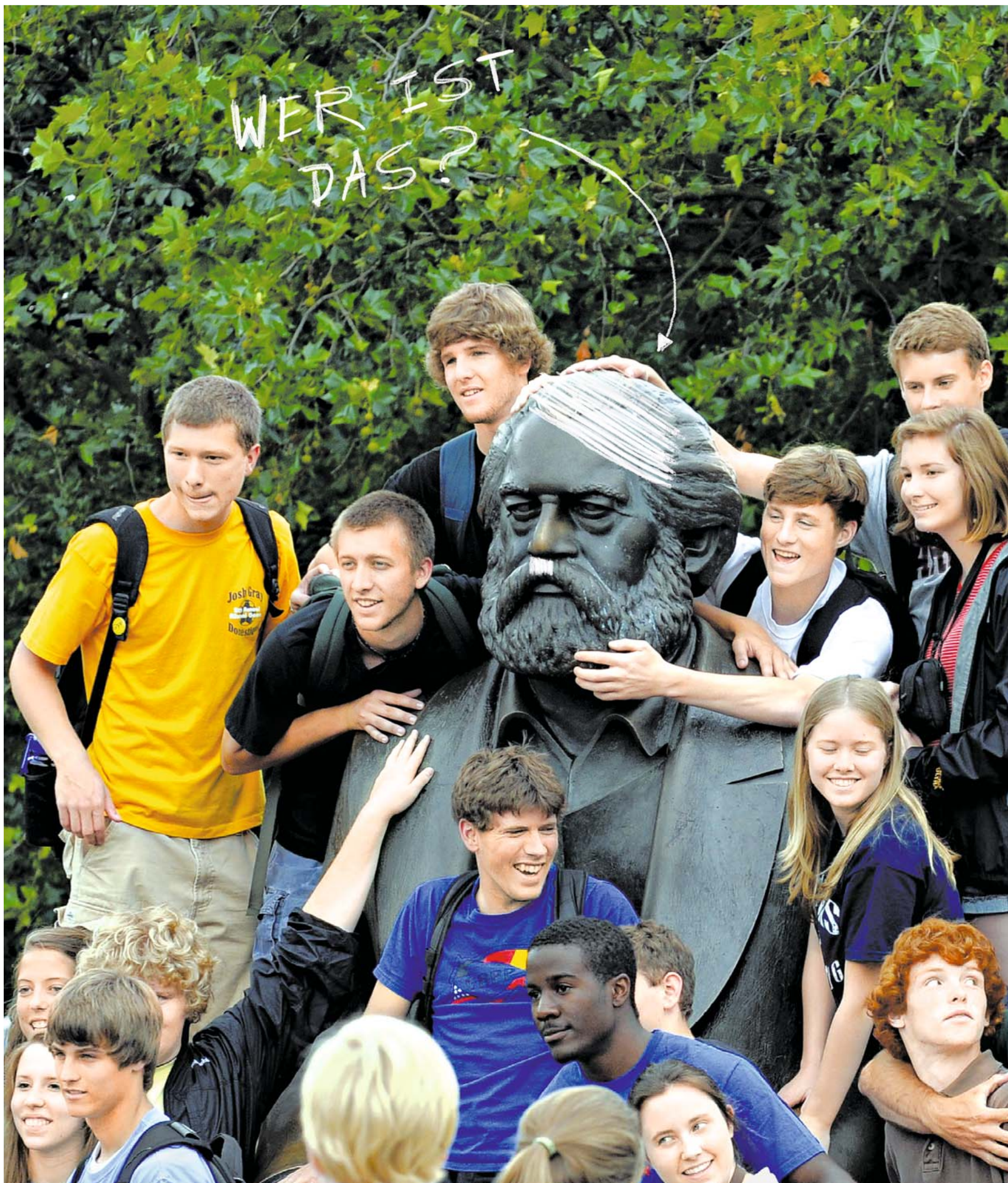
ZEIT: Wissen sie denn nicht, dass sie zur Volksgemeinschaft nicht dazugehört hätten?

Schroeder: Ein vergleichsweise großer Anteil weiß zum Beispiel nicht, was der Ausdruck Nazi, mit dem einige von ihnen Einheimische beschimpfen, eigentlich bedeutet. Ihnen ist nicht bewusst, dass sie in ihrem Urteil Eigenschaften von repressiven Diktaturen gutheißen, unter denen sie selber gelitten hätten – etwa durch eine Geheimpolizei wie die Gestapo, die 40 Prozent der Migranten für eine normale Sonderpolizei halten.

ZEIT: Wird der Geschichtsunterricht in Deutschland seiner Aufgabe nicht gerecht?

Schroeder: Geschichte oder Sozikunde werden oft zu wenig oder nicht gut genug unterrichtet. Erst recht seit die Lehrpläne zusammengestaucht wurden. Über die Zeit nach der Wiedervereinigung wissen die Schüler am allerwenigsten. Vor allem aber mangelt es an einer wertorientierten Vermittlung von Zeitgeschichte.

ZEIT: Was heißt das?



Das Fach Geschichte bleibt an vielen Schulen auf der Strecke

Schroeder: Wenn überhaupt Kenntnisse vermittelt werden, geht es oft nur um reine Fakten. Weniger als die Hälfte der von uns Befragten wusste etwa, was den Kern der nationalsozialistischen Ideologie auszeichnet: die behauptete Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Schüler müssten erkennen lernen, was Demokratie im Alltag bedeutet. Es geht also darum, historisches Wissen in Werte umzusetzen. Ohne diese Fähigkeit sind junge Menschen anfällig für diktatorische Verführungen.

ZEIT: Roland Jahn, der Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, will, dass die DDR-Geschichte festes Prüfungsthema im Abitur wird, damit sie nicht unter den Tisch fällt. Halten Sie das für sinnvoll?

Schroeder: Das wäre wichtig. Allerdings sollte es nicht nur um die DDR, sondern auch um die damalige BRD gehen: die gesamte deutsche Teilungsgeschichte im Abitur. Den Schülern sollte dabei auch vermittelt werden, wie es nach dem Krieg gelungen ist, in der Bundesrepublik eine stabile Demokratie aufzubauen. Das war ja nicht selbstverständlich.

ZEIT: Sie wollten ursprünglich Schüler in allen Bundesländern befragen. Zusagen gab es aber nur aus Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Warum lehnten die meisten ab?

Schroeder: In Berlin und Brandenburg, wo wir vor einigen Jahren eine ähnliche Untersuchung

durchgeführt haben, gab es viel negative Presse. Viele Länder möchten nicht mit dem zeitgeschichtlichen Analphabetismus ihrer Schüler konfrontiert werden.

Das Interview führte PHILIPP ALVARES DE SOUZA SOARES



Klaus Schroeder, 62, Professor für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Schulen zu Palästen

Barbara Riekman verlässt nach 25 Jahren die preisgekrönte Max-Brauer-Schule – ihre Ideen haben das Lernen verändert VON JEANNETTE OTTO

Es gibt Sätze, die würde Barbara Riekman am liebsten in den Beton vor ihrer Schule meißeln. Jetzt, da es darum geht, das wirklich Wesentliche zu hinterlassen. Kurz vor dem Ruhestand, nach 25 Jahren als Schulleiterin. »Das Gras wächst nicht schneller, wenn man daran zieht«, ist so ein Satz. Denn Zeit, sich zu entwickeln, brauchen nicht nur Kinder. Auch Schulen lassen sich nicht über Nacht verändern.

Dass Barbara Riekman 25 Jahre lang an ihrer Vision für die Max-Brauer-Schule (MBS) in Hamburg festhielt, zeigt, wie viel Energie in dieser Frau steckt. Als die MBS Ende der siebziger Jahre als Gesamtschule aus einer Grund-, Haupt- und Realschule hervorging, gehörte sie zu den »Brennpunktschulen«. Kinder aus mehr als 25 Nationen, Eltern am Rande des Existenzminimums.

Um mit Schülern zu arbeiten, denen nicht alles zuflog, die wenig Unterstützung von zu Hause bekamen, war Barbara Riekman Lehrerin geworden. Ihnen wollte sie Chancen geben. Sie selbst war ein Arbeiterkind, profitierte vom Hamburger Aufbaugymnasium und hat so erfahren, was alles möglich wird, wenn es Menschen gibt, die an andere glauben.

Auch deshalb hat Barbara Riekman den Gedanken an eine »Schule für alle« bis heute nicht

aufgegeben. »Für mich stand die Gesamtschulidee für mehr Chancengleichheit und mehr Gerechtigkeit«, sagt sie. Wobei ihr immer bewusst war, dass diese Schulen nicht ohne den Beweis der Leistungsfähigkeit auf breite Akzeptanz stoßen würden. Zwei Zahlen sind ihr deshalb wichtig: Rund 40 Prozent ihrer Schüler kommen mit einer Gymnasialempfehlung an ihre Schule, aber fast 70 Prozent schaffen nach der 10. Klasse den Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Riekman weiß, dass sie an solchen Zahlen gemessen wird, auch wenn ihr andere Erfolge fast mehr bedeuten. Zum Beispiel der Deutsche Schulpreis, den die MBS 2006 für ihre Experimentierfreude und ihren Wagemut erhielt.

Dabei hatte Riekman ihren Kollegen einfach nur erlaubt »zu träumen«. Ein Jahr lang trafen sich fünf ältere und fünf jüngere Kollegen in der »Traumgruppe« und entwickelten das Bild ihrer Wunschschule. Eine Schule ohne 45-Minuten-Takt, ohne starre Aufteilung in Fächer, mit Projektunterricht und Werkstätten.

Die Traumgruppe überzeugte den Rest des Kollegiums, 2005 nahm die »Neue MBS« ihre Arbeit auf. Deutsch, Mathe und Englisch werden seitdem in Lernbüros unterrichtet. Jeder Schüler nimmt sich dort die Zeit zum Lernen, die er braucht, dokumen-

tiert seine Fortschritte in einem blauen Lerntagebuch, Noten gibt es erst ab Klasse neun.

Die radikale Erneuerung der Schule sorgte für Aufsehen. Rund 600 Besucher empfängt die MBS in jedem Schuljahr – Lehrer und Schulleiter aus ganz Deutschland, die wissen wollen, wie man die alten Denkmuster aufgibt, Stundenpläne umkrempelt, vom Einzelkämpfer zum Teamplayer wird. Und plötzlich interessierten sich auch solche Eltern für die Neue MBS, die ihre Kinder vorher lieber aufs Gymnasium schickten. Bildungsbürgertum mischte sich unter die Arbeiter- und Migrantenfamilien.

»Genau diese Heterogenität hatten wir uns immer gewünscht«, sagt Riekman. Denn allein der Mut zu Reformen zaubere nicht per se eine leistungsfähige Schule. Riekman spielt auf die Imageprobleme der neuen Hamburger Stadteilschule an. Sie soll Haupt- und Realschule unter einem Dach vereinen und bis zum Abitur führen. Über 50 Prozent aller Hamburger Schüler entscheiden sich jedoch für das Gymnasium. Das schwächt die Stadteilschule – und ärgert Barbara Riekman. Sie hat bei der Konzeption der neuen Schulform vieles einbringen können, was sie an der MBS erprobte. Auf die äußere Trennung der Schüler nach Leistung wird so weit wie möglich verzichtet, das Sitzen-

bleiben wurde abgeschafft. Die ersten Stadteilschulen sind dabei, Lernbüros einzurichten.

Am Ende, sagt Barbara Riekman, komme es allein auf die Haltung der Lehrer an, gerade in den problematischen Vierteln. »Jedes Kind kann und will lernen – das muss das Credo eines jeden Pädagogen sein. Gegebenenfalls würde ich erst mal wochenlang nur Theater spielen, um die Lust am Lernen überhaupt zu entdecken.« Die Schulen in sozialen Brennpunkten brauchten jedenfalls die größte Aufmerksamkeit, sagt Riekman. »Die müssen wir zu Palästen machen!«

Sie wird keine Ruhe geben, auch wenn Barbara Riekman jetzt sagt, sie wolle mehr Zeit am Klavier und mit ihren Enkelkindern verbringen. So mancher Bildungspolitiker wäre gut beraten, diese Frau auch weiterhin mit ein oder zwei anderen Aufgaben zu beschäftigen.



Schulleiterin Barbara Riekman, 63, geht in den Ruhestand. Ihre »Schule für alle« wirkt weiter

Aus Student wird Soldat

Durch Militärdienst ruhiggestellt – ein junger ägyptischer Revolutionär erzählt

Als Rekrut der ägyptischen Armee ist für ihn Politik tabu, genauso wie Kontakt zu Medien und Ausländern. Er möchte trotzdem zu Wort kommen, vorausgesetzt, er bleibt anonym. Ein Treffen wäre zu heikel, er erzählt per Mail. Auch unser Autor muss aus Sicherheitsgründen anonym bleiben.

»Ich hatte vor ein paar Monaten mein Studium abgeschlossen und gleich eine Stelle bei einer großen Organisation bekommen. Vom Militärdienst war ich eigentlich zurückgestellt. Aber nach den vielen Demonstrationen gegen das Militär hat man mich eingezogen. Davor wurde ich mehrmals verhört, auch vom Geheimdienst. Vielen Absolventen ist es so gegangen. 14 Monate muss ich dienen, einmal im Monat bekomme ich Freigang.«

Es sind die Tage vor der Stichwahl des Präsidenten – zwischen Mohammed Mursi, dem Muslimbruder, und Ahmed Schafik, dem Kandidaten des alten Regimes. Im ägyptischen Fernsehen taucht ein Spot auf, der Jugendliche davor warnt, mit Ausländern ins Gespräch zu kommen. Nach vielstimmiger Kritik, vor allem wegen der verheerenden Wirkung auf Touristen und Investoren, zieht das Staatsfernsehen den Spot zurück.

»In der Kaserne fühlt man sich wehrlos. Ich bin isoliert von der Außenwelt, es gibt kein Handy, kein Internet. Draußen auf der Straße soll man den Befehlen gehorchen, Zivilisten gegenüber kaltblütig sein. Als Akademiker bekommt man eine Art Gehirnwäsche verpasst, damit man schweigt, das Leben als Revolutionär und Zivilist gründlich vergisst.

Es ist ein Gefühl, das schwer zu ertragen ist: Man hat als Rekrut dieselben Forderungen wie die Demonstranten, darf aber nichts sagen. Wenigstens werde ich nicht direkt bei Demonstrationen eingesetzt, nur als Sicherheitskraft auf Straßen. Uni-Absolventen werden grundsätzlich nicht bei Demos eingesetzt, aus Sorge, sie könnten manchen willkürlichen Befehlen nicht folgen und nicht auf die Protestler losgehen. Da müssen Leute mit niedrigerem Bildungsabschluss nach vorne.«

Er war im Januar 2011 schon in den ersten Tagen des Aufstandes gegen das alte System auf dem Tahrir-Platz. Es waren für ihn die ersten Demonstrationen. Als Student hätte man sich das früher nicht getraut, erzählt er, es drohte das Gefängnis. Aber plötzlich war diese Angst weg, die Menschen hatten die Überzeugung, dass etwas im Gang war, das alles verändern würde.

»Ich fühle mich nicht unbedingt betrogen um die Revolution. Ich fühle mich eher deprimiert. Ich bedauere, wie die erste Runde der Präsidentschaftswahl ausgefallen ist, dass es zu dieser Stichwahl zwischen einem Muslimbruder und einem General des alten Systems gekommen ist. Ich kann aber auch verstehen, dass die einfachen Leute, die Bauern und auch die Älteren, die Nase voll haben – von den Demonstrationen, dem Mangel an Sicherheit. Deshalb haben sie Schafik gewählt. Und die Muslimbrüder konnten wie immer viele aus ihren Reihen mobilisieren, so kam es zu diesem unglücklichen Wahlausgang. Leidtragende sind die Anhänger der Revolution.«

Auf die Präsidentschaftswahlen hatte er keinen Einfluss mehr. Weder bei der ersten Runde konnte er an die Urnen noch bei der Stichwahl zwischen »Pest und Cholera«, wie viele Ägypter die Wahl zwischen dem Mann des Militärs und dem Muslimbruder bezeichneten.

»Als Rekrut habe ich leider nicht das Recht zu wählen, das würde mich vors Militärgericht bringen. Ich hätte gerne Hamdin Sabahi gewählt, den linken Nationalisten, oder auch Abu al-Futu, den liberalen Islamisten, für mich und für viele andere waren sie die Kandidaten der Revolution. Zurzeit fürchte ich mich davor, dass die Lage eskaliert, dass es zu einem kalten Bürgerkrieg kommen könnte. Ich erhoffe mir für mein Land etwas Besseres. Eine neue Verfassung, mit der alle Parteien zufrieden sind. Und ich wünsche mir, dass meine Dienstzeit

ANZEIGE

ZEIT SHOP

»Head Office« – Das kleine Büro für unterwegs

Wenn Laptop oder iPad dabei sein sollen. Größe: 37 x 29 cm

Preis: 159,- €
Bestellnr.: 5968

www.zeit.de/shop

Genießen Sie DIE ZEIT

so schnell wie möglich vorübergeht und dass ich meinem Land auf meine Art dienen kann.«

Der ehemalige Revolutionär ist wieder in der Kaserne; zum Sieg Mursis und zu der Demontage der Revolution in den vergangenen Wochen – die Parlamentsauflösung und die Machtanhäufung des Militärs – kann er nichts mehr sagen.